

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł.
Postbezug vierteljährlich 16,16 zł., monatl. 4,50 zł. Bei den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei
Danzig 3 zł. Deutschland 2,50 R.-M.-L. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Vertriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reklamezeile 125 Groschen, Danzig 10 bzw. 80 Pf. Pt. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Bla-
ttschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertgebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Poststellenkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 241.

Bromberg, Sonnabend den 18. Oktober 1930.

54. Jahr.

Wir protestieren!

Die Gültigkeit der Wahlen
im Graudenzer Bezirk ist bedroht.

Wie wir bereits in Nr. 238 der "Deutschen Rundschau" vom 15. d. M. mitteilten, wurde von polnischer Seite in einer großen Anzahl von Orten des Wahlbezirks Nr. 30 (Graudenz, Konitz, Schatz, Tuchel, Zempelburg) der Vertrag unternommen, eine große Anzahl von deutschen Wählern für die Sejm- und Senatswahlen durch die Erhebung von unbegründeten Einsprüchen von ihrem Wahlrecht auszuschließen. Wie sich jetzt herausstellt, hat dieses Manöver, das am letzten Tage der Einspruchsschrift vorgenommen wurde, einen derartigen Umfang angenommen, daß die Gültigkeit der Wahlen im Wahlbezirk 30 schon heute ernsthaft bedroht erscheint. Sollten die deutschen Wählerstimmen durch dieses Schulbeispiel der Intoleranz wesentlich herabgesetzt werden, so werden die deutschen Wähler mit allen legalen Mitteln die Renaissancereiung von gerechten Wahlen fordern.

Der Bevollmächtigte der deutschen Listen für den Wahlbezirk 30 Otto Schmidt in Graudenz und der Spitzenkandidat für die Sejm- und Senatslisten, der frühere Senator Hassbach haben gestern bei dem Herrn Wahlkommissar in Thorn gegen die angeführten Machenschaften Protest erhoben, und dabei mitgeteilt, daß bereits mehr als tausend deutsche Wähler von der ungerechtfertigten Überfassung ihres Wahlrechts bedroht werden. Der Protest richtet sich vor allem gegen die Verleugnung des Art. 35, Abs. 4 und 5 der polnischen Wahlordnung, da sich die Einsprüche gegen die Wahlberechtigung einer Person auf Beweise stützen müssen. Diese gesetzliche Anordnung ist von den Ortswohlkommisionen nicht beachtet worden. Infolgedessen müssen sich die deutschen Wähler vorbehalten, auf Grund der Verfügung des Herrn Staatspräsidenten vom 12. September 1930 zum Schutze der Freiheit der Wahlen (Dz. Ust. R. P. Nr. 64, Pos. 509) eventuell nach gerichtlich vorzugehen.

Den in ihrem Wahlrecht bedrohten Wählern ist die Möglichkeit gegeben, ihre beanstandete polnische Staatsangehörigkeit in kürzester Zeit nachzuweisen. Dafür genügen nach Auskunft des Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission in Graudenz alle Dokumente, welche die polnische Staatsangehörigkeit erweisen. Die Vorsitzenden der Ortswahlkommissionen im Kreis Graudenz belehren jedoch die betreffenden Wähler dahin, daß lediglich die Staatsangehörigkeitsbescheinigung des zuständigen Starosten bzw. der neue Personalausweis als gültig angesehen wird. Auf Grund dieser Belehrung haben sehr viele deutsche Wähler sämtliche Unterlagen besorgt und sind schriftlich bei der Staroste um Ausstellung einer Staatsangehörigkeitsbescheinigung vorstellig geworden. Die Antragsteller wurden zur Abholung dieser Bescheinigung zum 15. d. M. auf die Staroste bestellt. Gegen Mittag erklärte jedoch der Sekretär Lewandowski, daß der Starost sich weiter, die Unterschriften unter die fertigen Staatsangehörigkeitsbescheinigungen zu vollziehen, da erst 150 derartige Urträger vorlägen und der Starost erst dann unterschreiben wollte, wenn der Andrang vorüber wäre. Da nunmehr sämtliche Dokumente dieser Wahlberechtigten auf der Staroste liegen, ist es ihnen unmöglich gemacht worden, eventuell durch diese Papiere ihre Staatsangehörigkeit nachzuweisen.

Wie wir an anderer Stelle dieser Zeitung berichten, vielleicht sich das gleiche Schauspiel in noch größerem Maßstabe in Oberschlesien. Die deutschen Wahlberechtigten, die in ihren Wahlkreisen naturgemäß weit länger anlässig sind, als Hunderttausende von zugewanderten Polen sollen um eines ihrer wichtigsten staatsbürgerschaftlichen Rechte betrogen werden. Die bedauernswerten "Patrioten", die sich zu diesem Manöver hingaben, haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie bedrohen nicht nur das Wahlrecht der polnischen Staatsbürger deutschen Stamms, sondern zugleich die Gültigkeit der Abstimmung ihrer eigenen Wähler. Wir hoffen, daß die anständigen staatlichen Stellen noch in letzter Stunde eine Wiedergutmachung der tief bedauerlichen Vorläufe anordnen und durchführen, damit der ordnungsmäßigen Erledigung der Wahlen und ebenso dem Ansehen der Polnischen Republik kein Schaden erwoghe.

Politischer Besuch in Bromberg.

Bromberg, 17. Oktober. Im Laufe des gestrigen Nachmittags trafen, von der Tagung der Volksverbandsligen-Union von Danzig kommend, als Gäste unseres bisherigen Abgeordneten, Oberstleutnants a. D. Graeve, folgende Tagungsteilnehmer ein: die durch ihre Reisen in Jugoslawien, Italien und anderen Ländern, sowie durch ihr wohnes Interesse für die Minderheitsfragen bekannte Frau Bakker van Voerse, Mitglied der holländischen Eigen-Union, Mr. und Mrs. Napier, Mitglieder der englischen Eigen-Union, Regierungspräsident a. D. Dr. Jungsau, Vorsitzender der deutschen Eigen-Union, und Dr. Stefan Kraft, der bewährte Führer der deutschen Minderheit in Jugoslawien.

Die sehr verehrten Damen und Herren, die uns mit ihrem liebenswürdigen Besuch beehren, sind Gäste unseres

bisherigen Abgeordneten Oberstleutnants a. D. Graeve, der auch im gegenwärtigen Wahlkampf die Bromberger deutsche Liste führt. Wir rufen den Freunden der Gerechtigkeit, als welche sich die Mitglieder der Volksverbandsligen beweisen, ein herzliches "Willkommen in unserer Heimat!" zu.

Für heute ist eine Besichtigung der Einrichtungen der deutschen Minderheit und der Stadt Bromberg, sowie ein Besuch beim Stadtpresidenten, Herrn Dr. Sliwiński, vorgesehen. Heute Abend reist der größere Teil der Delegation nach Warschau, um sich als Guest der polnischen Eigen-Union über die Verhältnisse auch der nichtdeutschen Minderheiten zu orientieren.

Ein anonymes Brief.

Der polnische Gesandte
im Berliner Auswärtigen Amt.

Berlin, 17. Oktober. (PAT.) Gestern hat sich der polnische Gesandte Knoll in das Auswärtige Amt begeben, um den von einem Teil der deutschen Presse verbreiteten Gerüchten entgegenzutreten, als ob Mitarbeiter der polnischen Gesandtschaft sich an der Ausschaltung zu den neuerrichteten Straßenkramallen beteiligt hätten. Diese Gerüchte waren in der Presse in der Form eines anonymen Briefes verbreitet worden, in dem der Autor behauptet, daß er in der Nähe der Siegesallee eine Gruppe von Leuten bemerkte habe, auf die zwei unbekannte Männer eingeredet hätten. Einer von ihnen soll sich an die Versammlungen mit den Worten gewandt haben: "Heute gehen wir alle in die Wilhelmstraße, dort werden wir dieser Bande die Scheiben einschlagen". Der zweite soll hinzugefügt haben, Hindenburg sei daran schuld, daß die Polizei gegen die Menge vorgehe. Der anonyme Ankläger soll sich daraufhin an einen Polizeioffizier mit der Forderung gewandt haben, die Personalien der beiden unbekannten Männer festzustellen. Nachdem der Offizier mit diesen einige Worte gewechselt hatte, wandte er sich an den Autor des Briefes mit den Worten:

"Was fällt Ihnen ein, diese Herren sind Diplomaten. Einer von Ihnen ist Dr. Wagner, Mitglied der polnischen Gesandtschaft in Berlin, der zweite Dr. Kacmarek, Beamter des Polnischen Konsulats in Berlin. Wenn Sie sich noch einmal erdreiten, sie anzugreifen, so bekommen Sie mit dem Knüppel auf den Kopf."

Der Offizier soll dann der Polizei den Befehl gegeben haben, die Demonstranten zu zerstreuen. Der anonyme Autor beweist, daß es sich hier um den ehemaligen Chef des Pressebüros der polnischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Wagner, gehandelt habe. Was die Person des Herrn Kacmarek anbelangt, so erklärt der Autor des Briefes, daß er zwar nicht Mitglied des Konsulats sei, daß jedoch in Berlin ein Mann dieses Namens wohne, der ein Führer der polnischen Minderheit in Deutschland sei.

Staatssekretär von Bülow teilte im Zusammenhang damit dem Gesandten Knoll mit, daß das Auswärtige Amt noch vor der polnischen Intervention die Presse davon informiert habe, daß das in dem anonymen Brief enthaltene Gerücht erdichtet ist, und daß es weder in der polnischen Gesandtschaft noch im Generalkonsulat eine der in diesen Notizen erwähnten Personen gäbe.

Verhaftungen ohne Ende.

In der Nacht zum Mittwoch wurde in Warschau der Stukkateur Franciszek Markowski, Mitglied der Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener, verhaftet. Diese Verhaftung steht, der polnischen Telegraphen-Agentur zufolge, im Zusammenhang mit den leichten unter den Mitgliedern der sozialistischen Miliz vorgenommenen Verhaftungen. In der Wohnung von Markowski soll während der Haussuchung belastendes Material gefunden worden sein.

Nach einer weiteren Meldung wurde am Dienstagabend in Lemberg auf Anordnung des Gerichtes der ehemalige Abgeordnete der "Unio", Włodzimierz Kochan, unter dem Vorwurf des Hochverrats und der öffentlichen Ruhestörung verhaftet. Diese Vergehen soll er sich in einer Reihe von Fällen während seiner Abgeordnetentätigkeit haben aufzuhilfen kommen lassen. Kochan wurde in das Untersuchungsgefängnis in Lemberg eingeliefert.

Zur Verhaftung des Abg. Nehring.

Wie wir bereits mitteilten, ist auf eine Anordnung des Prokurator am Bezirksgericht in Thorn der in Culmsee wohnhafte ehemalige Sejmabgeordnete Stanisław Nehring (PPS) verhaftet worden. Nehring steht unter der Anklage, in zwei Fällen den Marschall Piłsudski beleidigt, in zwei Fällen die Regierung verächtlich gemacht, in einem Falle die Gerichte beleidigt, weiter antistaatliche Flugblätter verbreitet und zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgerufen zu haben. Eine weitere Sache ist gegen Nehring von der Prokurator in Strasburg abhängig gemacht worden. Hier handelt es sich angeblich um die verleumderische Herausgabe von Staatseinrichtungen.

Abg. Dubois bleibt noch in Warschau.

Wie die Presse-Agentur erfährt, bleibt der ehemalige Abg. Dubois, der aus der Festung in Brest-Litowsk nach Warschau zu seiner kranken Frau geschafft worden war, auf den Wunsch der die Frau behandelnden Ärzte noch in Warschau. Sobald sich ihr Gesundheitszustand gebessert haben wird, wird der Abg. Dubois, nachdem er sich von seiner Frau verabschiedet hat, wieder in die Festung von Brest-Litowsk eingeliefert werden. Gestern erhielt Herr Dubois in der üblichen Begleitung wieder im Krankenhaus, um seine kranke Frau zu sehen. Die Behörden gestatteten, dem Verhafteten ein Paket mit Wäsche, sowie 100 Zloty einzuhändigen.

Die Anklageschrift gegen Korfanty.

Kattowitz, 15. Oktober. Am Sonnabend abend wurde die Anklageschrift gegen den ehemaligen Abgeordneten Wojciech Korfanty dem Untersuchungsrichter Demant zugelebt. Danach ist Korfanty aus Art. 101 des Strafgesetzes angeklagt, der von der Vorbereitung einer Änderung der Struktur auf dem Wege der Gewalt spricht. Aus demselben Artikel sind die ehemaligen Abgeordneten des Zentralkomitees angeklagt, die an dem Krakauer Kongress teilgenommen hatten.

Zur Verhandlung gegen den ehemaligen Abg. Jan Kowapiński, der aus Art. 129 angeklagt ist, ist bereits der Termin anberaumt, der am 27. Oktober d. J. vor dem Bezirksgericht in Sosnowice stattfinden soll. Der Angeklagte hat zu dieser Verhandlung zehn Entlastungszeugen laden lassen.

Was geht in Finnland vor?

Die Entführung
des früheren Staatspräsidenten Stahlberg.

Wie aus Helsingfors gemeldet wird, ist dort am Dienstag auf geheimnisvolle Weise der frühere Präsident Professor Stahlberg mit seiner Gattin der bekannten finnischen Schriftstellerin Esther Stahlberg, von unbekannten Leuten entführt worden. Stahlberg gehört der Liberalen Fortschrittspartei an und war mit Hilfe der Sozialdemokraten 1919 Präsident von Finnland geworden.

Er hatte am Dienstag vormittag wie gewöhnlich in einer Morgenspazierfahrt im Kraftwagen seine Villa in Berents bei Helsingfors verlassen. Seine Gattin begleitete ihn auf der Spazierfahrt. Einige Kraftwagenführer, die in der Nähe der Villa Stahlbergs parkten, wollten ein Auto beobachten, das vor die Nummer 183 und hinten die Nummer 163 führte. Dieses Auto soll dem Kraftwagen des Präsidentenpaars gefolgt sein. Auf Anfrage bei dem Inneminister erklärt dieser, die Annahme, daß Stahlberg von Kommunisten entführt worden sei, müsse zurückgewiesen werden. Er sei davon überzeugt, daß auch Kapooleute für die Entführung nicht in Frage kämen. Man habe vielmehr eine Gruppe junger Rechtsradikaler im Verdacht, die eigentlich keiner Partei angehören. Die Entführung wird als ein einziger dastehender Skandal in der Geschichte des Landes bezeichnet.

Wiedergefunden!

Helsingfors, 16. Oktober. (United Press.) Der frühere Staatspräsident Stahlberg, der unter mysteriösen Umständen zusammen mit seiner Frau entführt wurde, konnte bei Joensuu, ungefähr 100 Meter von der russisch-finnischen Grenze entfernt, aufgefunden werden.

Massenverhaftungen in Sovjetrußland.

Riga, 16. Oktober. Auf dem Gebiet des Petersburger Bezirkes wurden in der letzten Zeit Massenverhaftungen von Personen vorgenommen, die bei den Sowjetbehörden in Verdacht stehen, sich gegen revolutionäre Tätigkeit zu haben. Die Verhafteten gehören vorwiegend der wissenschaftlichen Welt an. Auf Anordnung der Petersburger politischen Polizei wurde u. a. Prof. Krassnovgoroff mit seiner Gattin, ein bekannter Arzt, ins Gefängnis geworfen. Beide wurden in der Nacht geholt, und ihr kleines Söhnchen wurde ohne Schutz zurückgelassen, man attestierte nicht einmal, irgend jemand herbeizurufen, um sich des Kindes anzunehmen. Gleichzeitig wurden verhaftet Prof. Schach, ein bekannter Chirurg, und Dr. Hess. Entfernung und Entrüstung rief die Verhaftung der Sekretärin des norwegischen Konsuls in Petersburg her vor, die russische Staatsangehörige war. Charakteristisch ist die Tatsache, daß die politische Polizei eine sehr eingehende Haussuchung bei dem bekannten russischen Schriftsteller Aleksandr Tolstoi vornahm. Es ist in Petersburg allgemein bekannt, daß die Verhaftung der oben erwähnten Personen auf den Umstand zurückzuführen ist, daß sie als Ärzte oder Dentisten Mitglieder des Konsularcorps behandelt haben. Dies war ein ausreichender Beweis für die Behörden der politischen Polizei, um sie in Gefängnis zu werfen. Auf diese Weise machen die Sowjetbehörden es den Vertretern fremder Staaten unmöglich, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Brünings Appell an den Reichstag.

Günstige Aufnahme der Regierungserklärung im Parlament.
Mitschauensantrag gegen Dr. Curtius.

Berlin, 17. Oktober.

Seit gestern stehen die Beratungen des Reichstages unter dem Zeichen einer großen politischen Debatte, die mit der Programmklärung der Reichsregierung eingeleitet wurde. Um Regierungstisch hatten Reichskanzler Dr. Brüning und das gesamte Kabinett Platz genommen. Mit der Entgegennahme der Regierungserklärung wurden die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung, die verschiedenen Misstrauensanträge gegen das Gesamtteam, die Anträge auf Aufhebung oder Revision des Young-Plans, das Schuldentlastungsgesetz, Anträge zum Metallarbeiterstreik, die Amnestieanträge und andere verbunden.

Sofort nach Verlesung der eingegangenen Vorlagen erhielt Reichstagspräsident Voelke dem Reichskanzler das Wort. Die Kommunisten begrüßten den Reichskanzler mit Gebrüll, die Nationalsozialisten schweigen.

Reichskanzler Brüning

sprach in seiner Programmrede, die immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, von der Weltwirtschaftskrise und von der Notwendigkeit, zu handeln. Die Regierung habe dabei einen großen Wirtschafts- und Finanzplan aufgestellt; die Gesetzesvorlagen würden dem Reichsrat schon in den nächsten Tagen unterbreitet werden. Die Reichsregierung werde mit allen parlamentarischen Mitteln für die Durchführung ihres Plans kämpfen. Voraussetzung für die Durchführung sei das Bestehenbleiben der Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli 1930. Es seien Anträge eingegangen, die Notverordnungen aufzuheben. Diese Anträge müssten abgelehnt werden.

Als die Kommunisten immer wieder lärmten, mache sie Voelke darauf aufmerksam, daß schärfste Maßnahmen bei größlicher Störung auch ohne Ordnungsruhe zulässig seien.

Dann ging Dr. Brüning auf die Gemeindefinanzierung und Ländereinschmelze, neue Einnahmequellen, die Sozialversicherungen und die Osthilfe ein. Gegen eine Ausschüttüberweisung der Notverordnung und gegen "wirkliche Verbesserungen" würde die Regierung nichts einzuwenden haben.

Darauf beschäftigte sich der Kanzler mit den Stats für das Jahr 1929/30 und 1930/31. Er sprach sehr lang und ausführlich über die wirtschaftlichen Fragen und über den

Versuch der Preissenkung,

wobei er erklärte, daß die Ruhrtreibstoffindustrie sich bereit erklärt habe, obwohl sie noch nicht den Selbstkostenpreis gesenkt habe, die Kohlenpreise um 6 Prozent demnächst herabzusetzen. Der Reichskanzler erkannte diese Maßnahme besonders an. Er sprach dann weiter über die Lage der deutschen Wirtschaft. Fortgesetzt wurde der Reichskanzler von den Kommunisten unterbrochen, die dauernd Zwischenrufe machten und ihn aufforderten, sich über den Berliner Metallarbeiterstreik zu äußern.

Ausführlich behandelte Dr. Brüning auch die Weltwirtschaftskrise, wobei er erklärte, daß immer wieder vom Ausland betont worden sei, Deutschland allein könne zur Behebung der Krise nicht wirken, es bedürfe dazu auch der Mitwirkung des Auslands. Die Regierung habe sich diesen Gedanken zu eigen gemacht, aber vergeblich auf die Hilfe gewartet.

Im Anschluß hieran wandte sich der Reichskanzler der Außenpolitik zu. „Das höchste Ziel jeder deutschen Innen- und Außenpolitik“, so sagte Dr. Brüning, „ist die

Erlangung der nationalen Freiheit

(Aha! bei den Natsoz., laute Zwischenrufe bei den Natsoz. — Glocke, Rufe bei den Natsoz.: Festungsstraße für nationale Willen. — Abg. Torgler (Komm.): Hitler als Schnorrer in England — andauernder Lärm. — Abg. Straßer (Natsoz.) erhält einen Ordnungsruß), sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands. Der Weg zur Verfolgung dieses Ziels wird wie bisher der Weg des Friedens sein. Eine Politik der Abenteuer lehnt die Reichsregierung ab. Seitdem die Sachverständigen im vorigen Jahr den Reparationsbericht abgeschlossen haben, ist die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland und in der Welt von Monat zu Monat schlechter geworden. Die Arbeitslosigkeit hat in den wichtigsten Industrieländern ein nie geahntes Maß erreicht. Die wesentlichsten Erzeugnisse der Weltwirtschaft haben einen Preissturz erfahren, wie ihn in diesem Umfang die jetzige Generation noch nicht erlebt hat. Das Wertverhältnis zwischen Geld und Ware hat sich zugunsten der Länder verschoben, die die internationales Schulden abzutragen haben.

Die Verfasser des Neuen Plans haben deutlich erkannt, daß von der Ausdehnung des Welthandels und der Stabilität der internationalen Finanzen die deutsche Fähigkeit, Reparationen zu zahlen, entscheidend abhängt. Sie haben der Bank für Internationale Zahlungsabschluß n. a. die Aufgabe gestellt, an der Erforschung neuer Absatzgebiete mitzuwirken und so zur Lösung des besonderen deutschen Problems beizutragen.

(Unruhe und Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten: Der Bank ist unser ganzes Gold zugeschoben worden!) Der Internationale Bank ist mit voller Absicht die Möglichkeit gegeben worden, im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen von sich aus zu ergreifen und so zur Überwindung von Krisen beizutragen. Vor allem aber haben die Sachverständigen ausgesprochen,

dass die Lösung des Reparationsproblems nicht nur eine Aufgabe Deutschlands ist,

sondern daß sie im gemeinschaftlichen Interesse aller beteiligten Länder liegt und die Zusammenarbeit aller Beteiligten erfordert. Die Deutsche Regierung hat sich diesen Standpunkt restlos zu eigen gemacht, aber sie kann nicht daran vorbeigehen, daß jene Gedankengänge in der Entwicklung, die seither stattgefunden hat, keinerlei Widerhall gefunden haben. (Burz bei den Nationalsozialisten: Durch Ihre Schuld!) Deutschland, das schon schwere Zeiten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Erschütterungen hinter sich hat, ist ohne wirtschaftliche und finanzielle Reserven in die neue Depression hineingegangen. Um so tiefergreifend

sind daher in Deutschland die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Krise. Diese Entwicklung darf keinesfalls dazu führen, daß das deutsche Volk seiner sozialen Lebensgrundlagen beraubt wird. Die unmittelbare Aufgabe des deutschen Volkes ist es, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um Ordnung im eigenen Hause zu schaffen. (Großer Lärm bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Die Durchsetzung des Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung ist daher auch eine elementare Forderung der deutschen Außenpolitik und entscheidend dafür, ob wir infolge der Krise von den Massnahmen Gebrauch machen, die Deutschland vertragsmäßig zur Abwehr von Gefahr für Wirtschaft und Währung zur Verfügung stehen.

Alle Länder aber, die wie wir den ersten Willen zum gemeinsamen Wiederaufbau Europas haben, sollten vor den tieferen

Ursachen der letzten Entwicklung in Deutschland nicht die Augen verschließen. Seit Jahren leiden weite Kreise des deutschen Volkes unter immer steigender Not. Unsere junge Generation lebt in voller Ungewissheit über ihre Zukunft. (Lärm b. d. Nat.-Soz. und Komm. — Ruf rechts: Jetzt kommt die Poesie! — Heiterkeit.) Man muß es verstehen, wenn herbe Enttäuschung zum Ausdruck kommt über das, was wir trotz unserer aufrichtigen Bereitschaft zur Verständigung erfahren haben.

Was unser Volk und besonders die Jugend auf das Tiefste erregt, (Wut) ist die Tatsache, daß nach der ersten schweren Enttäuschung über die Nichtinnehaltung der Wilson-Punkte jetzt nicht einmal die Bestimmungen des Versailler Vertrags, die zu unseren Gunsten sprechen, von der Gegenseite eingehalten werden. (Hört! Hört!) Das uns gegebene Wort, daß der erzwungenen Abrüstung Deutschlands die freiwillige Abrüstung der anderen folgen werde, ist bisher nicht der Verwirklichung nähergebracht worden. (Lebhafte Bewegung. Rufe bei den Nat.-Soz.: Groener schafft nicht!) Viele Länder sehen die Rüstungen vor unter Nichtachtung der Verträge und unter Gefährdung der Sicherheit und des Friedens der Welt. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Um so wichtiger ist es, daß unsere Wehrmacht bei ihrer schweren Aufgabe, trotz des enormen Rüstungsunterschiedes zwischen uns und anderen Staaten die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, materiell wie ideell tatkräftige Unterstützung findet. Die Reichsregierung wird die uns vertraglich gegebenen Möglichkeiten zum

Ausbau unserer Landesverteidigung soweit es die Finanzlage des Reiches gestattet, voll auszunutzen. Sie wird sich stets für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes einsetzen. (Beifall bei den Reg.-Parteien, Lärm bei den Komm., Glocke des Präsidienten.) Sie wird auch dafür sorgen, daß die Wehrmacht als festester Rückhalt unserer Volksgemeinschaft und unseres Staatswesens frei von den Einflüssen der Parteien und der Politik in Geschlossenheit und Gehorsam erhalten bleibt. (Lebhafte Beifall bei den Reg.-Parteien.) — Unsere Selbstachtung erfordert, daß die deutsche Wehrmacht nicht das Ziel eigensüchtiger Partezwecke und unberechtigter Verleumdungen und Verdächtigungen wird. (Beifall.)

Angelebt der seelischen und wirtschaftlichen Not unseres Vaterlandes hält es die Reichsregierung für eine ihrer wichtigsten Aufgaben (Rufe bei den Nat.-Soz.): — abzutreten. — Heiterkeit), allen Bemühungen kultureller Erziehung auf das energischste sich entgegenzustellen. Die schwere Krise, die Deutschland jetzt zu überwinden hat, erfordert sittliche Stärke und einmütiges Zusammenhalten aller derer, die ihr Vaterland lieben. Die Reichsregierung erwartet, daß das Hohe Haus in vollem Bewußtsein der großen geschichtlichen Aufgaben an die Arbeit gehen wird. Die Not des deutschen Volkes verträgt keine Selbstzersetzung der Parteien. Gegenseite aus dem Wahlkampf müssen vergessen werden. Schwere Opfer werden verlangt. Sie sollen und werden den Weg zur Freiheit und zum Aufstieg bahnen.“ (Lebhafte Beifall bei den Regierungs-Parteien. — Lärm und Gelächter rechts und links.)

Präsident Voelke teilte nach der Rede des Reichskanzlers mit, daß von der Landvolk-Partei ein Misstrauensantrag gegen den Reichsaufbauminister gestellt worden sei. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich das Haus auf Freitag vormittag 10 Uhr, um die gestern begonnene Tagesordnung fortzusetzen.

Günstiger Eindruck der Kanzlerrede.

Berlin, 17. Oktober. (PAT) Wie das Bureau Conti meldet, hat die Rede des Reichskanzlers in parlamentarischen Kreisen im allgemeinen einen günstigen Eindruck gemacht. Besonders in den der Deutschen Volkspartei nahestehenden Kreisen werden die Erklärungen des Reichskanzlers als günstige Momente bezeichnet, die den künftigen Plan über die Herauslösung der Löhne und der Gehälter betreffen. Nicht minder wichtig für die Volkspartei ist die Erklärung des Reichskanzlers in der Frage der künftigen Außenpolitik Deutschlands. Aus dem formulierten Regierungsexposé geht hervor, daß das Kabinett des Kanzlers Brüning nicht beabsichtige, sich in der Außenpolitik der Leitargie hinzugeben.

In Kreisen der Regierungsparteien wird erwogen, einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über alle Misstrauensanträge zu stellen, durch dessen Annahme neben den Misstrauensanträgen gegen die Gesamtregierung auch die gegen einzelne Kabinettsmitglieder (Curtius) hinfällig würden.

Die Abstimmung im Preußischen Landtag.

Der kommunistische Misstrauensantrag abgelehnt. Berlin, 17. Oktober. (PAT) In der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtages wurde der kommunistische Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen die Preußische Regierung mit 233 Stimmen der Regierungsparteien gegen 198 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Ein geplagter Mann.

Er hat Rheuma. Und kein Aspirin im Haus. Hoffentlich ist er so klug und holt sich sofort in der Apotheke die echten Aspirin-Tabletten, die seine Schmerzen lindern.



Es gibt nur ein

ASPIRIN

BAYER

Erhältlich in allen Apotheken.

Die Posener Studentenschaft billigt die Sonntagskrawalle.

Das „Posener Akademische Komitee“ veröffentlicht als „oberste Vertretung der dortigen Studentenschaft“ in den Blättern eine Erklärung über die letzten Posener Krawalle, die im wesentlichen folgendes besagt:

„Die Sonntagskundgebungen waren das Ego der Gewalttaten, die in der letzten Zeit gegen die wehrlose polnische Bevölkerung im Deutschen Reich verübt wurden sind (?!), und die Massen der Jugend aller sozialen Schichten als die empfindlichsten Kreise der Gesellschaft konnten die straflosen Provokationen und das Unrecht nicht weiter ertragen und reagierten darauf spontan. Während der Kundgebung hat man auch die deutschen Zeitungen vernichtet, denn die Jugend war entrüstet über die von den deutschen Blättern gelebte Propaganda, die gegen die Grenzen des polnischen Staates gerichtet war.“

„In dieser Frage müssen wir erklären, daß das „Posener Akademische Komitee“ bereits mehrfach in Sachen der deutschen Zeitungen seine Stimme erhoben und verlangt hat, daß sie in unserer Stadt nicht verbreitet werden. Letztlich nahmen Vertreter des „Posener Akademischen Komitees“ mit dem Vorsitzenden des Vereins der Konditoreien in Posen, Herrn Füngrath, Fühlung, der uns zusicherte, er werde seinen Einfluß dahin geltend machen, daß in den polnischen Konditoreien und Cafés kein einziges deutsches Blatt mehr vorhanden sei. Wir unsererseits fordern die Kommilitoninnen und Kommilitonen zu rücksichtslosem Boykott der deutschen Zeitungen und Zeitschriften auf und auch zum Boykott der deutschen Waren. Es ist dies ein Gebot der nationalen Würde angesichts der deutschen Angriffe auf die Grenzen der Republik und angesichts der Gewalttaten, die auf die polnische Bevölkerung jenseits des Grenzkorridors verübt worden sind. Zu allen obigen Fragen wende man sich an das Posener Akademische Komitee.“

Unabhängig davon fordern wir die akademische Jugend zur Wahrung der Ruhe und des Gleichgewichts auf.

Das Posener Akademische Komitee. Zu diesem Aufruf bemerkt der „Kurier Poznański“ ergänzend, daß sich das „Akademische Komitee“ auch um die Befreiung aller deutschen Zeitungen aus den Fesseln läden bemühe.

Die vorstehende Erklärung der Posener Studentenschaft ist ein Dokument der Zeit. Kein Wort des Tades für die am Sonntag verübten Gewaltakte, die Störung der öffentlichen Ordnung und die widerrechtliche Beschädigung bzw. Vernichtung fremden Eigentums. Die jungen Studenten sollen einst, wenn sie ins praktische Leben treten, die Führer des Volkes werden. Sollen die Grundzüge, die sich aus der obigen Erklärung ableiten lassen, im künftigen Staate die Fundamente des Rechtslebens werden? Das heißt: sollen der Einzelne oder ganze Schichten des Volkes sich selbst ihr Recht verschaffen? Soll einer, dem der Nachbar — noch unaufgeklärten Gerüchten einer unverantwortlichen Hetzpropaganda — das Haus angesteckt hat, befugt sein, mit der gleichen Tat Vergeltung zu üben? Das wäre die Wiederkehr des Faustrechts und der dunkelsten Seiten der Menschheitsgeschichte.

Die jungen Herren entschuldigen nicht die schweren Verfehlungen derer, die sie vertreten, sondern sie suchen sie nur durch Hinweise auf angebliche Ausschreitungen gegen die polnische Minderheit im deutschen Grenzgebiet zu begründen. Wenn solche Ausschreitungen in Deutschland tatsächlich vorgekommen wären, woran wir auf Grund früherer Erfahrungen zu zweifeln allen Grund haben — die polnische Presse pflegt in solchen Fällen aus einer Mücke einen Elefanten zu machen — so fragen wir: was hat die Rehfeldsche Buchhandlung und das Raiffeisenhaus in Posen mit einer Prügelei in einem Dorf im Kreise Bülow zu tun? Wenn solche Ausschreitungen in Deutschland vorgekommen sind, so kann man sicher sein, daß sie, wenn sie zur Kenntnis der Behörde gelangen — und das im gegebenen Falle dahin gelangen werden, dafür sorgt doch die dortige polnische Presse — vor Gericht ihre Sühne finden.

Wein die jungen Herren, die sich zur Politik des Bogels Strauß bekennen, sich um das Studium der Presse, die sie jetzt boykottieren und von der sie auf offener Straße Autodafé veranstalten, ein wenig bemühen würden, dann könnten sie daraus lernen, in erster Linie das, daß in Deutschland, was sich in einem Kulturstaat von selbst versteht, keine Verletzung der öffentlichen Ordnung ungestraft bleibt. Wir sind davon überzeugt, daß auch die Krawalle in Posen, die sich als Landfriedensbruch darstellen, ihre Sühne finden werden.

Beschaffungsänderung in Palästina.

London, 9. Oktober. Der Staatssekretär des britischen Kolonialministeriums, der im englischen Auftrag einen eigenen Enquête-Bericht über Palästina abfassen soll, hat in Jerusalem erklärt, daß die Regierung eine Änderung der palästinensischen Verfassung erwäge, und in erster Linie an die Einführung einer parlamentarischen Regierung denke. Diese Äußerung des Beauftragten Macdonalds dürfte, wie die „Boss. Ztg.“ meint, mit dem Druck des Urteils der erwähnten Mandatsskommission erfolgt sein, die der britischen Regierung außerordentliche Vorwürfe über die Palästina-Verwaltung macht. Macdonald behielt sich seinerzeit eine Stellungnahme vor, bis der eigene englische Enquête-Bericht vorliege.

Auto, wobei eine Scheibe zertrümmert wurde. Nur dank der Kälteblütigkeit des Chauffeurs ist es zu keinem größeren Unglück gekommen. Hoffenlich gelingt es der Polizei, den "Helden" zu ermitteln.

d Soldan (Tzoldnowo), 16. Oktober. Der am Dienstag, 14. d. M. hierelbst stattgefundenen Vieh-, Pferde- und Krammärt war von Verkäufern und Käufern gut besucht. Der Auftrieb von Vieh war groß, der Umsatz gut. Die Preise waren folgende: Für gute 1. Sorte Milchkuhe zahlte man 450—550, 2. Sorte 350—400, 3. Sorte 250—340 Zl. Färben 2-jährig 200—250 je nach Qualität, 1-jährig 150 bis 190, Bullen 1—2-jährig 90—200 Zloty. Fettvieh 1. Qualität über 12 Zentner 63, 2. Qualität 50—58, 3. Qualität 45—48 Zloty pro Zentner Lebendgewicht.

Freie Stadt Danzig.

* Kesselplosion in der Renteicher Zuckfabrik. In der Zuckfabrik Renteicher ereignete sich ein schwerer Unfall. Aus unbekannter Ursache platzte einer der roten Preßluftfessel im Maschinenraum. Durch herausströmende heiße Preßluft wurden der Vorarbeiter Andreas Katt sowie einige Arbeiterinnen verbrüht. Katt erlitt außerdem einen Armbruch und schwere Brandwunden, da er durch den Luftdruck zu Boden geschleudert wurde. Die Arbeiterinnen trugen leichte Verletzungen davon.

* Max Halbe 65 Jahre alt. Senator Dr. Strunk besuchte am gestrigen Mittwoch den bei seiner Mutter in Güttland auf Besuch weilenden Ehrenbürger der Stadt Danzig Dr. Max Halbe und beglückwünschte Frau Halbe zum 80. und Dr. Max Halbe zum 65. Geburtstag.

Möhlischwindel.

Ein Posener polnisches Blatt, das die „Sanierung“ vertreibt, berichtet über eine Versammlung, die die „Arbeiterbewegung im Bezirk Posen“ im Saale der Nationalen Partei in der St. Martinstraße in Posen am 9. d. M. veranstaltet hätte und in der ein Ingenieur Godlewski das Referat erstattet haben soll. Dann heißt es in dem Bericht weiter: Nach Godlewski ergriff das Wort Herr Andrzejewski, der fragte: „Wo, meine Herren, waren Sie damals, als wir mit unserer Brust unter Führung des Staatschefs Piłsudski das Land verteidigten. Er hat reine Hände, und in diesen Händen hat er die Macht zur Bezeugung der Vaterlandsverräte, die Polen für bolschewistisches Geld verkaufen wollen. In diesem Moment erschollen im Saale der Nationalen Partei Rufe zu Ehren des Marschalls Piłsudski.“ Wörtlich heißt es zum Schluss:

„Dann erhebt sich einer der Arbeiter und sagt: „Wir wollen, daß uns der Herr Marshall regiert und nicht die Sozialisten, Kommunisten und irgend eine Endecja, Chadecka. Diesen Ruf nahmen die Versammelten mit Enthusiasmus auf.“ ... „Dann sprachen noch unter einem Sturm von Beifall andere Arbeiter. Einer von ihnen erklärte: „Ich stimme für den Marschall. Wer noch?“ Unter den Versammelten verbreitete sich ein Sturm von Rufen: „Wir stimmen gleichfalls für den Marschall!“ Der Vorsitzende konnte die Lage nicht beherrschen, da die Versammlung nach diesen Rufen sich aufzulösen begann. Es braucht nicht versichert zu werden, daß dieser Ausgang der Arbeiterversammlung im Saale der Nationalen Partei nicht nur bei der Endecja einen starken Eindruck machte.“

Diesen schönen Bericht verbreitet auch die Agentur „Petta“. Leider scheint er einen kleinen Schönheitsfehler zu haben; er soll nämlich eine glatte Erfindung sein. Der „Kurier Poznański“ nagielt dies wie folgt fest:

„Einen solchen Schwindel, wie der hier von einem Blatt der „moralischen Sanierung“ verbreitete, hat es wohl in der Presse noch nicht gegeben: Am 9. d. M. gab es in dem Saale der Nationalen Partei in der St. Martinstraße keine Versammlung; es sang dort nur ein Gesangverein; es gab auch keine Rede des Ingenieurs Godlewski. Den genannten Herrn Andrzejewski kennt kein Mensch, und niemand hat ihn gesehen. Alles wurde von A bis Z erfunden.“

Übrigens ist es von den „Nationalen“ etwas gewagt, in dieser Richtung nach dem Sanierungslager mit Steinen zu werfen, denn sie führen selbst im Glashause. Hat doch die „Gazeta Bydgoska“ die Stirn, die Prager Krawalle gegen die Deutschen und ihre Ursachen in ihrem Sinne umzufälschen. Sie bringt von einer Protestkundgebung in Berlin gegen die Prager Krawalle ein Bild, worauf ein Plakat sichtbar ist mit der Aufschrift: „In Prag ist das Deutschtum vogelfrei“ und versteht das Ganze mit der Unterschrift: „Gegen die deutsche Barbarei“. Dabei erläutert sie den Sachverhalt dahin, die Tschechen hätten lebhaft gegen die deutsche Barbarei sehr scharf demonstriert. Diese „deutsche Barbarei“ bestand bekanntlich darin, daß in einigen Prager Kinos deutsche Tonfilme gezeigt wurden, was die tschechische Konkurrenz verdross, zumal das Publikum die deutschen Filme in Scharen besuchte und die tschechischen links liegen ließ. So werden die Leser der endekischen Blätter belogen und betrogen.

Zum Schluß schreibt die „Gazeta Bydgoska“: „Das fahne Auftreten der Tschechen gegen die Deutschen hat der Tschechoslowakei im Auslande durchaus nicht geschadet, im Gegenteil: die Bedeutung des Staates wuchs mit dem Augenblick, wo die Tschechen gezeigt haben, daß sie in der Wahrung ihrer Rechte würdig dastehen müssen.“

Dass die Tschechoslowakei durch die jüngsten Ereignisse im Auslande an Ansehen und Würde gewonnen hat, ist natürlich Unsinn; es wäre um die Welt schlecht bestellt, wenn die Prager Vorfälle in kultivierten Ländern Billigung finden, und wenn das Land, in dem sie vorkommen, dadurch an staatlichem Ansehen gewinnen würde; denn das hätte die staatliche Ordnung zum nachahmenswerten Prinzip zu erheben. Die tschechische Regierung hat sich denn auch, um wenigstens das Dekorum zu wahren, bei Deutschland entschuldigt und in den ihr nahestehenden Prätern einen beruhigenden Artikel nach dem andern erschaffen lassen.

Wie sich die Prager Krawalle wirtschaftlich für die Tschechoslowakei auswirken werden, wird sich erst allmählich zeigen u. a. in der künftigen Frequenz der großen tschechischen Badeorte, für welche die Reichsdeutschen das stärkste Kontingent der Besucher stellen. Die deutschen Besucher sind, wie man ohne Übertreibung sagen kann, die Hauptstädte der wirtschaftlichen Wohlfahrt dieser Badeorte. Nun sind diese Städte allerdings in volkstümlichem Sinne deutsch, aber von der Frequenz dieser Bäder sind nicht nur

diese Orte selbst wirtschaftlich abhängig, sondern auch weite Gebiete ihres Hinterlandes, die nicht nur von Deutschen bewohnt sind. Die Prager Chauvinisten, die den Mob gegen die Deutschen heben, schneiden sich also ins eigene Fleisch.

Doch das nur nebenbei. Das Giffigste in der Notiz der „Gazeta Bydgoska“ ist, daß darin zwar versteckt aber unverkennbar eine Aufreizung der Leser zu gleichem Tun wie in Prag enthalten ist. Allerdings liegt das auf der politischen Linie der „Nationalen“ überhaupt.

Borwahlversammlungen des B. B. W. R.

Am vergangenen Sonntag fanden in Warschau fünf Borwahlversammlungen statt, die von dem „Unparteiischen Block der Zusammenarbeit mit der Regierung“ einberufen worden waren. In allen diesen Versammlungen wurde, der Regierungssprecher folge, eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

1. Im Gegensatz zu den niemals eingehaltenen Versprechungen der Parteigänger sind die Regierungen des Marschalls Piłsudski die einzigen Regierungen in Polen, die mit Rücksicht auf ihre Einheitlichkeit fähig sind, zur Hebung des Wohlstandes der arbeitenden Massen im Einklang mit den Staatsinteressen real beizutragen.

2. Der „Unparteiische Block der Zusammenarbeit mit der Regierung“ ist die einzige Organisation, die die Ideologie des Lagers des Marschalls Piłsudski repräsentiert, und der Umstand, daß dieser Block in den gesetzgebenden Körperschaften die Mehrheit erlangt hat, bildet eine Handhabe dafür, daß die Aufgaben erfüllt werden, die sich der Block gestellt hat.

3. Der Centrolinksblock ist als ein Netzwerk von Parteien mit diametral entgegengesetzten Bestrebungen und Programmen ein Block, der lediglich darauf berechnet ist, Mandate zu fischen, und der in einer sozialen Zusammenhang zu einer solidarischen Durchführung irgend eines Programms niemals fähig sein wird.

4. Die Nationaldemokratie stellt als ein sozial-reaktionäres Lager, das lediglich für Agitationszwecke demokratische Lösungen aufstellt, eine Gefahr für die Welt der Arbeit dar und läßt sich lediglich vom Haß gegenüber dem Lager des Marschalls Piłsudski leiten. Infolgedessen zerschlägt sie sogar angesichts der deutschen Gefahr in den Westgebieten, und der bolschewistischen Gefahr in den Ostgebieten der Republik die polnische Einheitsfront und schädigt auf diese Weise die Staatsinteressen.

Die Resolution schließt mit einem Appell, bei den bevorstehenden Wahlen die Liste des Unparteiischen Blocks zu unterstützen.

Borwahl-Methoden!

Auch in Ost-Oberschlesien.

Unsere Meldung über Wahlentrichtungs-Versuche im Graudenzer Wahlbezirk finden ein drastisches Gegenstück in der deutschen Presse Osterösterreichs. Wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, nähert sich in den dortigen Bezirken die Zahl derjenigen, die infolge ungerechtfertigten Einspruches aus den Wählerlisten gestrichen werden sollen, der Ziffer von zehntausend. Von diesen haben fast alle bereits bei früheren Wahlen wiederholt ihr Wahlrecht ausüben dürfen, ohne daß im geringsten dagegen Einspruch erhoben worden wäre. Unter ihnen befinden sich auch eine große Anzahl solcher, die bei dem polnischen Heere gedient haben, die öffentliche Ämter bekleiden, wozu bekanntlich die polnische Staatsangehörigkeit erste Voraussetzung ist und andere, bei denen es von vornherein ersichtlich sein muß, daß sie nur die polnische Staatsangehörigkeit besitzen können. Der Einspruch ist massenweise erfolgt. Die Mitteilung an die betroffenen Wähler geht nicht ohne Angabe dessen, der den Einspruch eingelegt hat. Vielsch. hat der Vorsitzende in der Kommission unter Überschreitung seiner Befugnis die Zustimmung an die Wähler geleitet, ohne vorher einen Beschluß der örtlichen Wahlkommission herbeizuführen. Es ist ganz eindeutig, daß nach Artikel 35, Ziffer 5 der Wahlordnung derjenige, der den Einspruch erhebt, Beweise beizubringen hat, andernfalls die örtliche Wahlkommission den Einspruch a limine zurückzuweisen hätte. Man hat auf die Beibringung solcher Beweise verzichtet. Dagegen fordert man jetzt in einem engdemasierten Zeitraum von den Betroffenen, daß sie ihrerseits Beweise ihrer Staatsangehörigkeit beibringen. Militärpässe, Reisepässe und Verkehrsarten werden nicht als vollgültiger Beweis angesehen. Die Besorgung einer Staatsangehörigkeitsbescheinigung erfordert einen großen Zeitraum und Stempelkosten, wodurch es den meisten unmöglich gemacht wird, diese rechtzeitig zu beschaffen. Infolgedessen haben sich die Bevollmächtigten der Liste 12 für die Wahlkreise Katowitz und Königshütte mit folgendem Telegramm an den Generalwahlkommissar in Warschau gewandt:

„In den Wahlkreisen 38 und 39 sind tausende von Einsprüchen gegen die Wählerlisten eingelegt worden mit der Behauptung, daß eingetragene Personen nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen. Im Widerspruch zu Art. 35, Ziffer 5 der Wahlordnung werden von den Einsprechenden keine Beweise verlangt. Dagegen wird von den Betroffenen die Beibringung von Staatsangehörigkeitszeugnissen gefordert. Militärpässe, Reisepässe, die Bekleidung öffentlicher Ämter werden nicht als hinreichende Beweise für den Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit angesehen. Die Erlangung von Staatsangehörigkeitszeugnissen ist innerhalb der kurzen Frist unmöglich. Dadurch kann Tausende von polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität das Wahlrecht genommen werden.“

Wir bitten um telegraphische Anweisung an die Kreiswahlkommissionen, daß Einsprüche nur dann behandelt werden, wenn sie durch die in Artikel 35, Ziffer 5 gesetzlich vorgeschriebenen Beweise gestützt sind.

Im einzelnen wird dazu aus Tarnowish folgendes gemeldet:

Seit Sonnabend nachmittag werden Tarnowischer Bürger deutscher Abstammung mit Schreiben der Wahlkommissionen bedacht, in denen ihnen mitgeteilt wird, daß sie nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen und somit nicht wählen dürfen.

Überrathenderweise hat man noch am Montag und auch am Dienstag einer großen Anzahl Tarnowischer Bürger beratige Mitteilungen gemacht. Gerade die letzten Zusagen stehen in schärfstem Widerspruch zu dem Wahlgesetz, denn abgesehen davon, daß den Einsprüchen

Bei Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten führt der Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwassers die Verdauungsorgane zu regelmäßiger Tätigkeit zurück und erleichtert so, daß die Nährstoffe ins Blut gelangen. In Apoth. u. Drog. erhältlich. (1079)

dritter Personen nach Artikel 35, Absatz 5 Beweise beizubringen sind, müssen die Wähler, gegen die der Einspruch erhoben wird, innerhalb 24 Stunden (Art. 37 der Wahlordnung) nach erfolgtem Einspruch von diesem in Kenntnis gelegt werden. Da aber die Frist zur Einreichung von Einsprüchen dritter Personen am vergangenen Freitag abgelaufen ist, mußten nach dem Gesetz die Nachrichtungen der beanstandeten Wähler spätestens am Sonnabend erfolgen!

Wie rechtfertigen die Behörden diese verfrühte Zustellung, die in krassestem Widerspruch zur Wahlordnung steht?

Derartige Einsprüche wurden in Tarnowisch gegen hunderte von deutschen Wählern gemacht und nur wenigen gelingt es, alle Dokumente, die zur Erreichung eines Staatsbürgernachweises notwendig sind, bzw. beim Landratsamt verlangt werden, beizubringen. In Troppau haben gleichfalls gegen 200 Personen derartige Mitteilungen erhalten. Auch andere Ortschaften sind nicht verschont geblieben. Besonders schlimm erging es den Radzionkauer Deutschen, die in überaus großer Zahl beanstanden wurden.

Geheimnisvolles Verschwinden eines Politikers.

Warschau, 14. Oktober. Die Sicherheitsbehörden wurden kürzlich durch die Meldung von dem geheimnisvollen Verschwinden eines politischen Führers, des litauischen Emigranten Andrzej Komarowski, alarmiert, der in Drany wohnte. Komarowski war mit irgend einer unbekannten Dame in den Wald gegangen. Später stellte es sich heraus, daß jene Dame eine Beamte des litauischen Nachrichtendienstes war, durch die Komarowski in den Hinterhalt gelockt wurde. Im Walde wurde Komarowski von drei Civilpersonen ergriffen und nach Litauen entführt. Nach der Überschreitung der Grenze schaffte man ihn in ein Auto und fuhr in die Richtung nach Siedlce ab.

Der entführte Komarowski nahm in den Jahren 1922/23 am politischen Leben Litauens aktiv teil, war Abgeordneter zum litauischen Sejm und vertraulicher Mitarbeiter des litauischen Außenministeriums.

Hearst über die Franzosen.

Der bekannte amerikanische Zeitungsverleger William Randolph Hearst hielt auf einem von der Stadt Los Angeles gegebenen Bankett eine äußerst scharfe Rede gegen Frankreich. Er erklärte, Frankreich halte Europa in dem eisernen Griff seiner Kriegsmaschine, Frankreich hasse Italien, verachte Russland, verabscheue Deutschland, Österreich und Ungarn, Frankreich sei anmaßend, unverschämt, habgierig, aggressiv, ungerecht und gewalttätig. Frankreichs Haltung in der Frage der Kriegsschulden erinnere an Falstaffs Vieltricks.

„Auch der Bum krümmt sich, wenn er getreten wird!“ — sagt der Volksmund. Man kann dieses Wort im vorliegenden Falle also abwandeln: „Auch ein Zeitungskönig kann sich rächen, wenn man ihn ausweist!“

Autobanditen in Berlin

7000 Mark erbeutet.

Ein dreister Raubüberfall auf zwei städtische Kassenbeamte wurde am Mittwoch vormittag in der Nähe des Bahnhofs Kaulsdorf verübt. Einer der Überfallenen wurde durch einen Schuß schwer verletzt. Den Räubern gelang es, mit der Beute von 7000 Mark im Auto zu entkommen.

Die beiden Kassenboten Ernst Maske aus der Auguststraße 42 und Karl Nielh aus der Mirbachstraße sollen im Auftrag des Arbeitsamts Ost in der Voigtsberger Straße einen Geldbetrag von 7000 Mark nach der Zweigstelle in der Karlstraße 6 zu Kaulsdorf bringen. Die beiden Männer, die seit Jahren in zuverlässiger Weise ihren Dienst versehen haben, begaben sich mit der Straßenbahn bis nach Kaulsdorf und stiegen von dort aus ihren Weg nach der Zweigstelle des Arbeitsamtes zu Fuß fort. In der Karlstraße kam den Kassenboten ein Auto nachfahren, das plötzlich an der Ecke der Wilhelmstraße in ihrer unmittelbaren Nähe hielte. Bald darauf sprangen zwei Männer aus dem Wagen und stürzten sich mit entwaffneten Pistolen auf die Geldträger. Mit dem Ruf „Geld her oder wir schießen!“ versuchten die Banditen, den Kassenboten das Geld zu entreißen. Als sich die Überfallenen zur Wehr setzen wollten, gaben die Täter mehrere Schüsse ab. Maske brach durch eine Regel getroffen schwer verletzt zusammen. Sein Kollege wurde von den Räubern durch wuchtige Schläge mit den Revolverkolben am Kopf schwer verletzt. Dem Tämelnden entrissen die Burschen die Geldtasche, sprangen mit dieser in das Auto und fuhren in Richtung Kaulsdorf davon.

Mit der Aufklärung des schweren Raubüberfalls auf die beiden Kassenboten, beschäftigte sich den ganzen Tag hindurch die Berliner Kriminalpolizei. Zahlreiche Beamte durchstreiften die östlichen Vororte und fanden schließlich vor dem Hause Prinz-Eitel-Straße 78 in Lichtenberg das Auto der Räuber. Es handelt sich um einen Privatwagen aus Halberstadt, der in der Nacht zum Mittwoch aus einer verschlossenen Garage gestohlen wurde. Die Diebe haben mit dem Auto sofort eine Fahrt nach Berlin angetreten, wo sie in den Wormsfaßtunten eingetroffen sind. Sie begaben sich dann nach Kaulsdorf und führten hier den Raubüberfall aus. Passanten beobachteten, daß aus dem betreffenden Auto drei junge Männer aufgestiegen waren und eiligst davongingen. Außerdem fand man in dem Kraftwagen noch mehrere Patronenhülsen einer großkalibrigen Pistole. Die Berliner Kriminalpolizei hat sich mit der Polizei in Halberstadt in Verbindung gebracht, da nicht ausgeschlossen wird, daß die Räuber aus Halberstadt stammen. Auch in Berlin verfolgt man bereits eine bestimmte Spur.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Ginkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Zwischen Rom und Sofia.

Die bulgarisch-italienische Heirat. — Der Ring um Jugoslawien. — Gute Namen und gute Taler. — Liebesheirat mit Vernunft oder Vernunftsehe mit Liebe. — Kirchliche Bedenken.

Von Hermann Joseph Lingen.

Die Verlobung des bulgarischen Königs Boris mit der italienischen Prinzessin Giovanna ist in erster Linie ein großer Erfolg der italienischen Politik. Seit der Aufrichtung des Jugoslawischen Staates beim Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie und seit der Sanktionierung des damit geschaffenen Zustandes durch die Pariser Vorortfrieden verbraucht Italien einen sehr großen Teil seines außenpolitischen Aufwandes auf die Einführung Jugoslawiens, von dem es sich um den versprochenen Lohn für seinen Kriegseintritt, die ost-adratischen Provinzen, betrogen sieht. Die Dinge sind zu bekannt, um sie im Einzelnen noch einmal aufzählen zu müssen. Wir sahen der Reihe nach Albanien, Ungarn und Österreich Freundschaft mit Italien schließen. Bulgarien ist ein weiteres Glied dieser Kette.

Der Schritt lag nahe. Ebenso wie Serbien einerseits hängt um die Grenzen seines 1918 vertragten Territoriums und andererseits darauf bedacht, diese Grenze noch weiter hinauszuschieben, seinem italienischen und bulgarischen Nachbar nur mit der Pistole in der Hand entgegengestellt, kennen Italien und Bulgarien, dem Macedonien zur Rundung seines Gebietes fehlt, in ihren Gefühlen gegen Jugoslawien nur eine Regung: Haß.

Der politischen Gemeinsamkeit der Gegnerhaft gegen den Save-Staat fügte Italien eine zweite, stärkere zu: die wirtschaftliche Verbundenheit. Zu Beginn, als sonst alle Welt das Königreich Bulgarien als einen unrentablen, darum nicht beachtenswerten Feind Balkan ansah, ging die italienische Wirtschaft daran, auf Grund des Löwenanteils an den bulgarischen Reparationen, den Italien sich auf der Konferenz in Spa anherte, Kapital dort zu investieren. Selbst unter finanziellen Opfern wurden Staatsaufträge aus Sofia angenommen und ausgeführt. Italienische Gelder ermöglichen den Umbau verkehrstechnischer, industrieller und sanitärer Anlagen. Über Italien wurde Bulgarien wieder dem europäischen Finanzmarkt zugeführt. Man zog weiter die bulgarischen Studenten an die italienischen Hochschulen, wo man ihnen freistellen und andere Vorteile bot, man schenkte keine Kosten, den italienischen Unterricht in Bulgarien auszubauen, und bulgarische Kinder, die regelmäßig zu den Ferien nach Italien geladen werden, waren Gäste Mussolinis. Man gründete im vergangenen Herbst als Brennpunkt der Kulturpropaganda in Sofia das italienische Heim „Leonardo da Vinci“.

Belgrad ist schon im Recht, wenn es voll Sorgen feststellt, daß mit der

Ehe Boris-Giovanna

die Politik der beiden Staaten zu festerer Freundschaft zusammengeketten wird.

Dass bei dieser Ehe die Politik im Vordergrund steht, beweist auch der Widerhall, den die Verlobung in Bulgarien und Italien gefunden hat.

König Boris erfreut sich in seinem Lande einer geradezu unbalkanisch großen Beliebtheit. Als am 3. Oktober 1918 sein Vater Ferdinand das Land verlassen musste, jubelte das Volk dem neuen Könige zu. Und in der Tat ist Boris eine durchaus sympathische Erscheinung, ein schlanker, sportliebender Mensch, der mit seinem Volke lebt, ein Mann von natürlicher Frische und persönlichem Mut (den zu beweisen die Unsicherheit der Balkanherze ihm schon unliebsame Gelegenheit bot). Er ist ein passionierter Automobilist und „der beste Lokomotivführer seines Landes“. Mit Spannung wartete das Volk darauf, wann und wie er sein Junggesellentum aufgeben werde. Schon vor drei Jahren hieß es, er wolle die Prinzessin Giovanna heiraten. Das Volk war enttäuscht, als damals die Versprechen blieben, und ist hente umso beeindruckter, daß seine Hoffnung auf eine Verbindung zwischen den Königshäusern der freunde Staaten doch verwirklicht wird.

Nicht minder freuen sich die Italiener. Die unpolitischen Heiraten der ältesten Töchter des Königs — Polana heiratete den italienischen Grafen Carlo Calvi di Bergolo, Masalda den Prinzen Philipp von Hessen — hatten keinen starken Anfang im Volle gefunden. Durch Mussolinis Kunst ist das vordem in diesen Tagen so indifferente italienische Volk ganz auf Politik eingestellt und erwartet von seinem Herrscherhaus, daß es persönliche Interessen denen des Landes unterordnet. Die bulgarisch-italienische Ehe ist ihm ein sichtbares Zeichen außenpolitischen Erfolges. Solche äußeren Zeichen des Erfolges, und wenn es sich dazu noch um Herzensangelegenheiten

handelt, vermögen die Italiener in ein begeistertes und beglückendes Gefühl der Genugtuung zu versetzen.

Man kann sich wohl vorstellen, daß das italienische Volk in einem ähnlichen Freudentauem versetzt wird, wenn sich die Verlobungsgerüchte zwischen der jüngsten Tochter Viktor Emanuels, der Prinzessin Maria, und Otto von Habsburg, dem Thronprätendenten des freunde Staaten Ungarn, bewahrheiten sollten.

Ministerpräsidenten so angenehm ihnen der Beifall des Volkes ist, denken aber meist noch weiter als die Menge. Mussolini in Rom und Djaptschew in Sofia: Eine große

Betternschaft mit Kronen auf dem Hause oder Taler im Sädel

ist auch für Herrscher ein Rückhalt, den man nicht unterschätzen sollte. Das Haus Savoien hat zwar ein großes Vermögen, aber noch nicht den richtigen verwandtschaftlichen Anschluß an die großen Dynastien (die Königin Elena von Italien ist bekanntlich eine Prinzessin von Montenegro). Die Koburger, in ihren einzelnen Linien sehr verschieden mit irischen Glücksgütern gesegnet, kann man ohne Scheu als die erfolgreichsten Cheopolitiker ansehen. Kein Haus trage sowiel Kronen, wenn auch einige davon am Kriegsende fielen. Koburger oder enge Verwandte mit ihnen sitzen auf den Thronen von London, Brüssel, Bukarest und Sofia. Die erste Ehe zwischen den Häusern Savoien und Koburg war die Verbindung des italienischen Kronprinzen mit der belgischen Prinzessin José, nun folgt die zweite zwischen Boris und Giovanna. Nicht von ungefähr schlägt Mussolini Brücken von der Nordsee zum Schwarzen Meer. Man sieht, selbst in dieser demokratischen Zeit hat die Haushaltung noch nicht ihre Nolle ausgespielt.

Was der Koburger Boris an gutem Namen bieten kann, kann die Prinzessin Savoien an „Aussteuer“ bieten. Die Sofioter Koburger sind weniger wohlhabend. Boris gilt als der ärmer Herrscher Europas, die römische Mit-

gust kann seiner Familie nicht schaden.

„Also durchaus eine Vernunftsehe!“ wird nun jeder,

vielleicht mit etwas Enttäuschung, sagen. „Aber nein,

durchaus nicht nur!“ versichert man in Rom und Sofia,

„Viel Vernunft war, aber auch viel Liebe!“

1927 hat der damals 34-jährige Boris die 29-jährige Giovanna in Italien kennengelernt. Damals entstanden auch die ersten Heiratsgerüchte, die später dementiert wurden. Die beiden aber hielten durch einen regen Briefwechsel, so wird versichert, die Verbindung aufrecht. Häufige Besuche verstießen das Verhältnis, und nur religiöse Gründe haben eine frühere Hochzeit verhindert. Es ist beiden zu gönnen, daß es wahr ist mit der Liebe.

Die religiösen Bedenken scheinen weggeräumt. Boris, obwohl katholisch geboren, ist seit seinem siebenten Lebensjahr griechisch-orthodox. Die Umwandlung geschah, um der bulgarischen Verfassung Genüge zu tun. Die katholische Giovanna durfte nach den Vorschriften ihrer Kirche einen Andersgläubigen nur heiraten, wenn die katholische Erziehung aller Kinder garantiert wäre. Der Katholizismus des aus dieser Ehe geborenen Kronprinzen würde ihn aber von der Thronfolge in Bulgarien ausschließen. Wegen des Übertrittes Boris' zur griechischen Kirche stand sein Vater Ferdinand lange Jahre im päpstlichen Kirchenbanne. Auch jetzt hat der Papst Schwierigkeiten gemacht; wie man sich geeinigt hat, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Dass es aber irgendwie zu einer Einigung gekommen ist, ist selbstverständlich; denn die Trauung würde nie ohne die päpstliche Erlaubnis vorgenommen. Der Papst scheint nachgegeben zu haben. Liaptschew versichert, die Vorschriften der bulgarischen Verfassung würden streng eingehalten werden. Man darf vermuten: der älteste Knabe wird griechisch-orthodox, alle übrigen Kinder werden katholisch erzogen.

Die Trauung wird jedenfalls in beiden Riten vorgenommen werden, und zwar in der Kapelle des Palastes San Rossore in Rom. Kardinal Massi wird die katholischen, der Metropolit Stephan von Sofia die griechisch-orthodoxen Hochzeitsfeierlichkeiten vollziehen. Die Feier soll etwa Mitte November und nur unter Beteiligung der nahen Verwandten stattfinden. Man will überhaupt jede große Feyerlichkeit vor der Öffentlichkeit vermeiden.

Nur in Sofia, wohin König und Königin Boris sich bald nach der Trauung begeben, sind für den Einzug des Paares größere Festlichkeiten geplant.

So hätten denn Politik und Liebe (die Betonung liegt auf dem ersten Wort) auch den „einsamen und gezeichneten Bräutigam der Welt“ glücklich unter die Haube gebracht. Das Interesse der Tanten bei Hofe und der Ministerpräsidenten darf sich neuer Chapolitik hingeben: Da ist noch der Prinz von Wales, die härteste Kus, den man schon zu reichlich 99 Prozent aufgegeben hat, und dann die reiche Julianje von Niederland, die nun einmal den kleinen deutschen Prinzen, den Schönach-Erbach, heiraten will, dann ist noch die Rumänienprinzessin Eleana da, es sind noch so viele da, obwohl gerade in den letzten Jahren viel in den europäischen Fürstenhäusern geheiratet wurde. Genug Arbeit für die politischen Chapolit!

„R. 100“ stillgelegt.

Das Luftschiff „R. 100“ wird in diesem Jahre die Halle nicht mehr verlassen. Seine weitere Verwendung wird davon abhängen, ob und in welcher Form England seine bisherige Luftschiffpolitik fortführen beabsichtigt. Auf den Mangel einer ausgebildeten Besatzung war schon hingewiesen worden.

Während der Leiter des französisch-englischen Untersuchungsausschusses für die Katastrophe des „R. 101“, General Hold, sich zur Verantwortung nach London begeben hat, wird die Untersuchung an Ort und Stelle weiter durchgeführt. Ein Mitglied des Untersuchungsausschusses erklärte, daß das Unglück in erster Linie auf die Überlastung zurückzuführen sei, die das Schiff durch die schweren Regenfälle in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober erfahren habe. Während der Beratung der Sachverständigen soll die Frage der Führung des Luftschiffes Gegenstand einer eingehenden Aussprache gewesen sein. Ein Teil der Sachverständigen vertrete die Ansicht, daß die Katastrophe hätte vermieden werden können, wenn die verantwortlichen Führer des Luftschiffes bereits zwischen Beauvais und Crevecoeur Ballast abgeworfen hätten. Das Schiff hätte dann unbedingt wieder Höhe gewonnen. Ein derartiges Opfer hätte allerdings „R. 101“ zur Rückkehr gezwungen, und die Führer hätten sich zu diesem Schritt nicht entschließen wollen, weil sie zu großes Vertrauen in das Schiff gesetzt hätten, ein Vertrauen, das in Anbetracht der Probefahrten von nur wenigen Stunden vielleicht nicht ganz gerechtfertigt gewesen sei.

Bestellungen

auf die Deutsche Rundschau

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern angenommen.

Dieser Bestellzettel für November 1930

ist ausgefüllt dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben. Alle Postanstalt, auf Landbriefträger sind verpflichtet, diese Bestellung ausgefüllt entgegenzunehmen.

* Na Listopad-Grudzień — Für November

Pan

Herr

Tytuł gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość wydawnictwa Erscheinungs- ort	Na czas (miesiąc) Be- zugs- zeit Monate	Abona- men- Be- zugs- zeit 31.	Należy- tość 31.
Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	2	10,— 5,—	0,77 0,55

Pokwitowanie. — Quittung.

Złoty zapłacono dzisiaj.

Złoty sind heute richtig bezahlt worden.

dnia den 1930.

* Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.

Heirat

Bitwer, 36 J., leibstd.
fath., wünscht Dame m.
etw. Vermög. kennen zu
lernen zwecks späterer
Heirat. Oferit. m. Bild
(jurid.) unt. Z. 5064 an
d. Geistl. d. Zeitg. erbet.

Bachtungen

350 Morgen mit auch
 ohne Inventar zu ver-
 pachten. Sokolowki,
 Sniadeckich 40.

Wohnungen

2-stödiges Haus

mit 1 od. 2 Wohnungen,
beide Tiefahrt, Gart.

u. Garage, in ruhiger
Straße im Zentrum d.

Stadt, direkt v. Haus-

wirt für 500 Zl. monatl.

zu vermieten. Oferen

unter Z. 5065 an die

Geistl. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer. Herrn
od. Schüler zu vermiet.
Sniadeckich 5 a, pir. 1.

5088

Schlafstelle für Herrn u.

Witt. erwünscht Schu. 3.

Sienkiewicza 8, 2 Dr. 5001

LAMPENSCHIRME
und AMPLEN

aus Java-Kunstbatik-Lapier und aus echt
Pergament-Papier mit Handmalerei in grosser
Auswahl.

A. Dittmann, T. z. o. p., Bydgoszcz
Marszałka Focha 45.

Gesunde, trockene
Bittauer
Speisezwiebeln

etwas fl. fallend p. Ztr.
10 Zl infl. Sack ab Bahnhof
station Dragaia gibt ab

Bruna Nadel,
Wielkie Lubieś, abzugeb. Przyczecze 12.

Brudziński, Tel. 408.

Chide und aufsitzende
Damen-Toiletten
w. z. solid. Preis, getestigt
Jagellońska 46. I.

Möbel. Schrein, Schlafzimm.,
Rüd., sow. einz. Möbel
z. billigst. Prei. bequem.
Raten empfiehlt 3. Nowat, Jesuicka 7/8.

Grudziądz. Tel. 408.

Thide und aufsitzende
Damen-Toiletten
w. z. solid. Preis, getestigt
Jagellońska 46. I.

Möbel. Schrein, Schlafzimm.,
Rüd., sow. einz. Möbel
z. billigst. Prei. bequem.
Raten empfiehlt 3. Nowat, Jesuicka 7/8.

Mehr Genuss und gute Gesundheit durch
KAFFEE HAG

Mehr Genuss - denn Kaffee Hag ist feinster, echter Bohnenkaffee von nicht zu übertreffendem Geschmack und Aroma. Immer gute Gesundheit - denn Kaffee Hag ist coffeinfrei und vollkommen unschädlich. Kaffee Hag schont Herz und Nerven.



Furchtbare Bluttat in Czenstochau.

Vier Tote, zwei Schwerverletzte.

Czenstochau, 17. Oktober. (PAT) Gestern vor-
mittag 11 Uhr drang in das Bureau des Krankenkassen-
Inspektors Furmanczyk, in dem der Kommissar der
Krankenkasse Rejowski und der Chefarzt der Kranken-
kasse Dr. Biluchowski anwesend waren, eine fremde
Person ein, die sich mit Gebrüll dem Inspektor Furmanczyk
entgegenwarf und auf ihn einen Schuß abgab. Weitere
Schüsse galten dem Kommissar der Krankenkasse Rejowski
und dem Dr. Biluchowski. Daraufhin stürzte in das
Bureau ein Interessent, den der fremde Mann durch einen
Revolver schuß auf der Stelle tötete. Nach dieser
ungeheuerlichen Tat ließ der Fremde aus dem Bureau hin-
aus, verleerte dabei noch den Beamten Jawadzki und
richtete schließlich die Waffe gegen sich selbst. Inspektor
Furmanczyk, der Krankenkassenkommissar Rejowski,
der erwähnte Interessent sowie der Täter sind tot. Dr.
Biluchowski und der Beamte Jawadzki schwer
verletzt. Der Täter wurde als das Mitglied der PPS
Jan Kostrzewski identifiziert.

Die dritte Person, die von Kostrzewski im Gebäude der
Kreiskrankenkasse getötet wurde, ist der Präses des Pol-
nischen Berufsverbandes „Praca“ Modla, der von einer
Kugel im Warter Raum in dem Augenblick getroffen wurde,
als Kostrzewski aus dem Bureau hinaustrat und dabei
weitere Schüsse aus dem Revolver abgab. Am Knie ver-
letzt wurde auch ein Krankenkassenmitglied namens
Pukiewicz.

Im Zusammenhang mit diesem furchterlichen Ver-
brechen wurden bis gestern 8 Uhr abends insgesamt 40
Personen verhaftet. In Czenstochau traf der
Staatsanwalt am Bezirksgericht in Petrikau ein. Auf
dem Krankenhausgebäude wurde zum Zeichen der Trauer
die schwarz-rote Fahne gehisst. Die Kosten der Be-
erdigung der Opfer der verbrecherischen Tat übernahm die
Krankenkasse.

Es wurde festgestellt, daß der Mörder Kostrzewski mehrere
Komplicen hatte, die zusammen mit ihm in das
Krankenhausgebäude gekommen waren, wahrscheinlich um
ihm die Flucht zu sichern. Der von Kostrzewski ermordete
Inspektor Furmanczyk hat sich besonders bei den
Freiheitskämpfen Verdiente erworben. Als junger Mann
war er Mitglied des Nationalen Arbeiterverbandes und im
Jahre 1905 wurde er zu lebenslanger Zwangsarbeit
verurteilt. Aus Sibirien kehrte er erst im Jahre 1917
zurück; er war Vorsitzender des Kreisrats des Regierungskreises
Lublin. Kommissar Rejowski war Hauptmann der
Reserve und Vorsitzender des Bürgerkomitees zur Hilfe-
leistung für die Arbeitslosen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrück-
licher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern
wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 17. Oktober.

Größtenteils heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unter Gebiet
größtenteils heiteres, etwas wärmeres
Wetter an.

Heiterer Abend Josef Plaut.

Nach langer Zeit etwas Heiteres! Wie sehr in den schweren
Zeiten, die wir durchleben, die Menschen sich nach einem be-
freienden Aushalten, nach einer heiteren Stunde sehnen, die
sie die Last des Alltags vergessen läßt, zeigten gestern die
Scharen des Publikums, die in der Deutschen Bühne erschienen
waren, um an dem von der Deutschen Gesellschaft
veranstalteten heiteren Abend von Josef Plaut teilzunehmen. Freilich trug der Name des bekannten Vortrags-
künstlers das Seinige dazu bei, daß die Räume unseres
Musentempels sich bis auf den letzten Platz füllten. Denn
Josef Plaut ist als Vortragskünstler und Humorist eine
Persönlichkeit von internationalem Ruf und er weiß in Stockholm, in Oslo und in Prag die Freunde der heiteren Muse
ebenso zu begeistern wie in Deutschland. Sein gestriges
Aufstreben wird seiner Kunst neue Freunde auch hier
erworben haben. Der Künstler trug zunächst eine Reihe
von alten und neuen Säckelchen vor, aus denen zu erkennen
war, daß er jedes literarische Genre sachgemäß zu behan-
delt weiß. Als erfahrener Taktiker behielt er sich die
eigentlichen Schlager, sein schweres Geschütz, für den zweiten,
ausschließlich heiteren Teil des Abends vor. Während sich
das Publikum bisher zwar stark angeregt, aber in seinem
Beifall doch etwas zurückhaltend gezeigt hatte, entfesselten
die nun folgenden heiteren Gaben wie die lustige Komödie
zwischen Reinhard und einem widerspenstigen Künstler,
dann die „Instruktionsstunde“, die Episode aus dem Hüh-
nerhof, in der sich der Künstler als Tierstimmenimitator
zeigte, wahre Stürme von Heiterkeit. Das Publikum war
von den lustigen Gaben so entzückt, daß es, als der
Künstler sich verabschieden wollte, sich nicht von der Stelle
rührte und durch andauernden Beifall noch zwei Zugaben
erzwang. Den endgültigen Schluss bildete der Vortrag
von Fontaines bekanntem „Birnbaum“.

Die Kunst Plauts ist auf intime Wirkung abgestimmt;
der ganze Vortrag findet in leise plauderndem, zeitweise
hingehauchtem Tone statt, und das ist in größeren Räumen,
die sich nicht durch besonders gute Aufsicht auszeichnen, von
einigem Nachteil. Für den, der keine Luxuren hat, geht
dadurch manche Pointe verloren. Das dem Künstler auch
klangevolle Mittel, wenn auch vielleicht nicht in dem
Maße, wie seinem jüngst verstorbenen Kollegen in Apollo
Marcel Salzer, zur Verfügung stehen, hat er in einzelnen
Episoden bewiesen. Aber jeder Künstler hat seine Art, und
Plaut wirkt durch seine Art, in der sich Vortrag und dramatische
Geste und Pose mit einander verknüpfen, ausge-
zeichnet. lg.

§ Weiterer Fehler im Fahrplan. Wir machten gestern
darauf aufmerksam, daß der im amtlichen Fahrplan ver-
zeichnete Zug, der von Bromberg um 17.15 Uhr nach Thorn
abgehen soll, nicht verkehrt. Nunmehr muß ein weiterer
Fehler des Fahrplans festgestellt werden: Auch der Zug
von Thorn, der hier in Bromberg um 22.20 Uhr ankom-
men soll, ist seit dem 1. Oktober eingestellt.

§ Zwangsweise Kontrolle der Brunnen. Das Innensen-
ministerium bearbeitet eine Verordnung über die zwangs-
weise Kontrolle der öffentlichen Brunnen in bacteriologi-
scher Hinsicht. Dieser Zwang gilt für alle Gemeinden, die
öffentliche Wasserleitungen oder Brunnen besitzen. In den
Wasserleitungen soll das Wasser mindestens zweimal in der
Woche, in den Brunnen zweimal im Jahre untersucht werden.
Sobald das Wasser durch Einwirkung von außen
schmutzig geworden ist, muß sofort eine Desinfektion
vorgenommen werden; bei Feststellung von schäd-
lichen Bakterien wird der Brunnen zugeschüttet.

§ Die Zahl der Arbeitslosen. In der vergangenen
Woche verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen in ganz
Polen um 2580. Am 11. Oktober betrug die Zahl der ein-
getragenen Erwerbslosen 164 874.

§ Ein Pferdemarkt findet am Dienstag, 21. Oktober,
um 8 Uhr beginnend, auf dem Marktplatz des Städtischen
Schlachtviehhofes (Rzeźnia Miejska) in Bromberg statt.
Wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche ist der
Austrieb von Hornvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen
verboten.

§ Der hiesige Grunds- und Hansbesitzerverein hielt am
13. Oktober im Zivilkasino seine Herbstversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Ing.
Schulz, eröffnet um 8½ Uhr die Sitzung. Erster und
wichtigster Punkt der Tagesordnung war Berichterstattung
und Besprechung über die am 22. September stattgefundenen
Tagung des Hausbesitzerverbandes vom e-
reellen - Nezegau in Graudenz. In dieser Tagung
war vom Hausbesitzerverein Thorn beantragt worden, daß
Verhältnis zum Wirtschaftsverband freier Berufe zu lösen.
Die mitangeschlossenen Vereine sprachen sich jedoch gegen
den Austritt aus. In der Besprechung tragbarer, d. h. bil-
ligerer Hypotheken sind die Aussichten etwas besser gewor-
den. In einem ausführlichen Vortrage sprach hierauf der
Syndikus des Wirtschaftsverbandes über die Vorteile,
welche der Verband seinen Mitgliedern bietet. In der sich
hierauf entspinnenden Debatte wurde festgestellt, daß Grund
zu Klagen dem Wirtschaftsverband gegenüber nicht vor-
handen ist. Vom Vorstandtische wurde dringend vor Dan-
diger sogenannten Bau- und Hypothekenkapital-Banken ge-
warnt, die zu sehr günstigen Bedingungen und Zinsen
Gelder anbieten. In einem hierauf folgenden Vortrage er-
örterte Ing. Schulz (Fa. Bem) die Frage der Strom-
umwandlung in unserer Stadt und die damit ver-
bundenen Schwierigkeiten und Kosten, soweit sie den Haus-
besitz betreffen. Zum Schlus wurden in einer lebhaften
Aussprache viele Punkte, die den Hausbesitz interessieren,
erörtert. Um 10½ Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung
mit dem Appell an alle Haus- und Grundbesitzer, sich
dem Verein, der ihre Interessen wahrnimmt, beizutreten.

Erneuern Sie

Ihre Post-Bestellung auf die Deutsche Rundschau
für November-Dezember oder den Monat November

möglichst sogleich bei Ihrem Postamt, damit die
regelmäßige Zustellung nicht unterbrochen wird.

§ Seltsames Schicksal einer Geldsumme. Das eigen-
artige Geschäft zweimal unterschlagen zu werden, erlebte die
Summe von 5000 Złoty. Das erste Mal eignete sich das
Geld der Leiter des Postamtes in Osiek an, wofür er ver-
haftet wurde. Der Betrag wurde in kleinen Banknoten
an die Staatsanwaltschaft in Bromberg als Beweismaterial
geschickt. Nun beauftragte der Staatsanwalt seinen Sekre-
tar Anton Górański, das Geld in der Gerichtskasse
als Bürgschaft zu hinterlegen, was G. angeblich auch tat.
Anderthalb Jahre später wandte sich die Postdirektion an
das Gericht und forderte die Bürgschaft zurück. Dabei
zeigte sich, daß die 5000 Złoty überhaupt der Gerichtskasse
nicht eingezahlt worden sind. Im Zusammenhang damit
wurde, wie wir kürzlich berichteten, Anton Górański
verhaftet, der die zweite Unterschlagung begangen hat.

§ Alkohol und Betrügerarbeit. Der Besitzer Jakubowski aus Gogolin bei Bromberg hatte die Absicht, seine
Besitzung zu verkaufen. Das hörten auch zwei Leute, die
daraufhin bei Jakubowski erschienen und sich als Vermittler
vorstellten. Als J. eines Tages in Bromberg weilte, ließ
sich von den beiden Männern in ein Restaurant führen,
wo man reichlich dem Alkohol zusprach. Nun drangen die
Männer in J. ein, den Verkauf gleich zu tätigen. Sie führten
J. eine Frau namens Katarina Gawalkowa vor, die sich
einverstanden erklärte, das Grundstück zu kaufen. Unter
dem Eindruck des Alkohols stehend, willigte auch J. ein, ließ
sich von der Gawalkowa 5000 Złoty anzählen, worauf man
sich zum Notar begab, um dort den Kontrakt zu erledigen.
Danach lockten die „Vermittler“ Jakubowski noch einmal in
ein Lokal, wo man nun erst recht zu feiern begann. Schließ-
lich war J. derart betrunken, daß er nicht mehr recht wußte,
was um ihn herum geschah. Diesen Zustand nutzten die
beiden Männer aus, J. aus dem Lokal zu führen und ihm
im Korridor 4000 Złoty von dem eben erhaltenen Gelde aus
der Tasche zu ziehen. Nachdem J. wieder zur Besinnung
gekommen war, melschte er den Vorgang der Polizei, der
es gelang, den Betrügern bereits auf die Spur zu kommen.

Bvereine, Veranstaltungen ic.

Zirkus Staniewski. Der große berühmte Zirkus Staniewski ist
hier eingetroffen und hat seine Zelte auf dem freien Platz in der
ul. Hetmańska (Autzenstr.) aufgeschlagen. Eröffnungsvorstellung
heute, Freitag, den 17. Oktober, abends 8.20 Uhr. Großes, hier
noch nie gespieltes Programm. 16 erstaunliche Attraktionen von
Belieb, u. a. die 4 Teufel. Spezialitäten sowie Pferde- und
Weltcup, u. a. die 4 Teufel. (11122)

v Argonan (Gniewkowo), 16. Oktober. Der heutige
Wochenmarkt war gut besucht und reichlich beschickt.
Butter kostete 2,20—2,50, Eier 2,60—2,80, Weißkäse 0,80 bis
0,50, Weißkohl 0,05—0,10, Rotkohl 0,20—0,25, Wirsingkohl
0,10—0,15, Rosenkohl 0,40—0,50, Blumenkohl 0,20—0,50,
Mohrrüben 0,10—0,15, Gurken 0,25—0,40, Bohnen 0,40—0,50,
Zwiebeln 0,25, Rhabarber 0,15—0,20, Weintrauben 1,00—1,20,
Äpfel 0,30—0,50, Birnen 0,30—0,60, Pfirsiche 0,60 und Pilze
0,25—0,50. Der Geflügelmarkt brachte Gänse zu 8,00—10,00,
Enten 3,50—4,50, Puten 7,00—8,00, alte Hühner 3,00—4,00,

LUNA-PARK •

Poznań

an der ul. Król. Jadwigi, neben der ul. Dworcowa.

Täglich geöffnet von 6 Uhr nachmittags.

Sonntags von 2 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts.

Aenderung der vorjähr. Attraktionen.
Eintritt 50 und 30 Groschen.

11099

junge 1,80—2,50 pro Stück und Tauben 1,50—2,00 pro Paar.
Kartoffeln wurden mit 2,00—2,50 pro Zentner angeboten.
— Die staatliche Oberförsterei Argenau verläuft
am Donnerstag, 28. d. M., vormittags 10 Uhr, im Wege
der Letzitation im Hotel „Dworcowa“ hier selbst eine größere
Menge Klöben, Knüppel und Strauchhaufen aus allen
Revieren. Bei größerem Einkauf kann Kredit bewilligt
werden. Auch Händler werden zu diesem Holztermin zu-
gelassen.

* Kolmar (Chodziez), 17. Oktober. Das Fest der Gol-
denen Hochzeit feiert am heutigen Tage der pensionierte
Postbeamte Ratajczak mit seiner Gattin. Das
Jubelpaar, von dem der Jubelaufzug am 77. die Jubelbraut
70 Jahre zählt, erfreut sich bester körperlicher Gesundheit
und geistiger Frische. — Der letzte Wochenmarkt war
gut besucht. Butter kostete 1,80—2,20, Eier 2,80—3,00. Auf
dem Geflügelmarkt kosteten junge Hühner 1,80—2,50, Sup-
penhühner 3,00—4,00, Gänse 6,00—10,00, Enten 4,00—6,00,
Puten 6,00—10,00, Tauben 1,00. Auf dem Obst- und Ge-
müsemarkt zahlte man für Apfel 0,20—0,50, Birnen 0,25 bis
0,50, Tomaten 0,20—0,50, Nadieschen 0,10, Spinat 0,25, Blu-
menkohl 0,20—0,50, Kohlrabi 0,20, Mohrrüben 0,15, Gurken
0,80—1,00, die Mandel, Kohl 0,30—0,80, die Mandel, Kar-
toffeln 1,50—2,00. Auf dem Fischmarkt brachten Schleie 1,80,
Hechte 1,50, Karauschen 1,60, Barsche 0,80—1,20, Weißfische
0,40—0,60.

* Posen (Poznań), 16. Oktober. Nach einer Meldung
der Polnischen Telegraphen-Agentur hat die Posener Po-
lizei in einer Gastwirtschaft, offenbar bei einer Wahlver-
sammlung, 12 Kommunisten verhaftet. — Der
Direktor des Städtischen Statistischen Amtes, Zygmunt Za-
leski, wurde in der fr. Grabenstraße von einem Kraft-
wagen, der zu nahe am Bürgersteig fuhr, umgestoßen. Der
Stoß war so heftig, daß Herr Zaleski erhebliche Verletzungen
davontrug.

* Ostrów (Ostrów), 16. Oktober. Tödlicher Un-
fall. Der Landwirt Józef Piaskowski aus Slawin
stürzte von seinem beladenen Kartoffelwagen herab. Er
geriet so unter den Wagen, daß ihm zwei Räder über den
Brustkorb gingen. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Der hiesigen Polizei gelang es bei einem Streif-
zug am Sonntagmorgen, drei Wilderer zu verhaften,
die in den Wäldereien des Rittergutsbesitzers Lipski in
Lewkow einen Streifzug auf Fasanen unternahmen.

* Adelnau (Odosanów), 16. Oktober. Feuer brach in
Naczycze bei dem Landwirt Theodor Goraj aus, das
einen Schuppen mit der diesjährigen Ernte vernichtete. Der
Schaden beträgt 1500 Złoty. Es liegt Brandstiftung vor.

* Jaroschin, 16. Oktober. Ein verhängnisvoller
Irrtum forderte in Cilec, Kreis Jaroschin, bei der
Verfolgung von Kirchendieben ein Menschenopfer;
und zwar erschoss ein Polizist den Landwirt Hyzorek
auf dem Friedhof, in der Annahme, einen der Diebe vor
sich zu haben. Man hatte erfahren, daß Einbrecher in die
Kirche von Cilec eindringen wollten. Um nun die Diebe
auf frischer Tat zu erappen, hatte ein Wachtmeister in der
früglichen Nacht bei dem Gotteshaus Wache gehalten. Bei
seinem Rundgang leuchtete er den Friedhof und einige
Sträucher mit seiner elektrischen Taschenlampe ab, in der
Annahme, daß sich die Diebe dort versteckt halten könnten.
Durch den Lichtchein angelockt, erschien der Nachtwächter,
dem der Polizist den Auftrag erteilte, weiter zu wachen.
Ohne daß der Nachtwächter davon wußte, ging der Polizist
zum Organisten, mit dem er sich darauf durch die Sakristei
in das Innere der Kirche begab. Der Nachtwächter hörte
einige verdächtige Geräusche und war der festen Ansicht, daß
die Diebe bereits in der Kirche wären. Sofort lief er in
das Dorf zurück und weckte einige Befür. Als er in Begleitung
von vier Männern auf dem Friedhof ankam, hörten
die Leute durch die halb geöffnete Tür der Kirche Geräusche.
Ihrer Meinung nach konnten das nur die Diebe sein. Der
Polizist mit dem Organisten begab sich nun durch eine
Seitentür aus der Kirche, um einen Rundgang zu unternehmen.
Dabei bemerkten sie die Gruppe, welche in kurzer
Entfernung vor ihnen stand. Der Polizist rief sogleich:
„Hände hoch, hier Polizei!“ Hyzorek hat entweder den Ruf
nicht verstanden, oder nahm ihn nicht ernst. Er machte
jedenfalls kein Gewehr schußfertig und legte an.
Der Schuß aber ging nicht los, wahrscheinlich infolge Ver-
sagens der Patrone. Der Polizist, der den Lauf
gegen sich gerichtet sah und das Kanonen des Hahnes hörte,
sah sich plötzlich in eigener Lebensgefahr und schoß. Die
Kugel drang J. durch die Brust und blieb im Futter der
Kirchentür stecken. Mit dem Ruf: „Jesus Maria“ sank der
Schwer verwundete zu Boden und verschied nach wenigen
Augenblicken. Einem verhängnisvollen Irrtum ist ein
Leben aus vollster Manneskraft zum Opfer gefallen. In
der guten Absicht, seine Kirche zu hüten, mußte er mit
41 Jahren die Kugel empfangen, die wiederum dem Diebe
bestimmt war. J. zählt zu den beliebtesten und angehie-
sten Einwohnern des Dorfes. Er hinterläßt eine Frau mit
vier kleinen Kindern.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 17. Oktober 1930.

Kratau + 1,37, Jawischost + 1,20, Warschau + 1,54, Bielitz + 1,24

Thorn + 1,37, Norden + 1,45, Culm + 1,30, Graudenz + 1,53

Kurzbrau + 1,82, Piekar + 1,17, Dirischau + 1,06, Einlage + 2,28

Schierwenhorst + 2,46.

Chief-Redakteur: Gotthold Starke;

